

werden angenommen  
in Posen bei der Expedition  
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,  
Ges. Dr. Hösch, Hoffleiterant,  
Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ede,  
Als Rechts. in Firma  
J. Neumann, Wilhelmsplatz 8.

Berantwortlicher Redakteur:  
J. Hirschfeld in Posen.  
Fernsprecher: Nr. 102.

werden angenommen  
in den Städten der Provinz  
Posen bei unseren  
Agenturen, ferner bei den  
Annoncen-Expeditionen  
Ab. Posen, Hasenlein & Vogel S. A.  
G. L. Daube & Co., Invalidenstr.

Berantwortlich für den  
Inseratenheft:  
J. Klugkist in Posen.  
Fernsprecher: Nr. 102.

# Posener Zeitung

## Hundertster Jahrgang.

Nr. 828

Sonnabend, 25. November.

1893

Die "Posener Zeitung" erscheint wochentags drei Mal,  
am Sonn- und Festtagen jedoch nur zwei Mal.  
Das Abonnement beträgt vierjährl.  
4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für  
 ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen  
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reichs an.

Posener Zeitung, die jedesgeistige Verfolger oder deren Raum  
in der Morgenauflage 20 Pf., auf der letzten Seite  
22 Pf., in der Mittagauflage 25 Pf., an besetzte  
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die  
Mittagauflage bis 8 Uhr vormittags, für die  
Morgenauflage bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

## Deutscher Reichstag.

4. Sitzung vom 24. November, 1 Uhr.

(Nachdruck nur nach Ueberreinkommen gestattet.)

Die erste Verhandlung der Handelsverträge mit Spanien, Rumänien und Serbien wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Baasche (natiß.): Auch wir sind bereit, die Handelsverträge einer Kommission zu überweisen, aber nicht, um möglichst lange mit unserem Urtheil darüber zurückzuhalten, sondern weil wir glauben, durch die Kommissionsberatung so viel Klarheit schaffen zu können, daß auch diejenigen meiner politischen Freunde für sie stimmen können, welche sich heute noch nicht für sie entschieden können. Wir wollen jedenfalls nicht die Deutung aufkommen lassen, daß man in weiten Kreisen den Abschluß der Handelsverträge für einen politischen Fehler hält. Wenn auch manches in den bisherigen Verträgen unseres Bestalls nicht findet, einen Fortschritt bedeuten sie immerhin. Auch die Landwirtschaft muß doch berücksichtigen, daß ihr die nur wenig ermöglichten Bölle auf eine Reihe von Jahren sichergestellt sind. Ich glaube auch, es wird uns in der Kommission weiteres statthaftes Material geliefert werden, denn das in der Denkschrift enthaltene ist nicht genügend. Die heutige Agitation des Bundes der Landwirthe muß ich bedauern und als Mißgriff betrachten. Sie bedeutet die Vertretung einer guten Sache mit schlechten Mitteln. Es ist gewiß kein nationales Unglück, wenn einzelne Grundbesitzer ihre Güter nicht halten können, selbst wenn es Leute sind, die keine andere Vorbildung für ihren Beruf gehabt, als einen Kursus auf der Reitschule in Hannover.

Abg. v. Ploetz: Der Landwirtschaft hat man so viele Opfer auferlegt, daß wir uns gegen jedes neue, auch das kleinste sträuben müssen. Daß der Landwirtschaft indirekt Vortheile zufallen, muß ich nach den Erfahrungen mit den früheren Verträgen entschieden bestreiten. Die Bauern haben den Anspruch für die Militärvorlage gegeben, darum haben sie auch Anspruch auf Schutz. Auch nicht das kleinste Opfer kann der Bauer mehr bringen, denn neben wir auch nur den Vertrag mit Spanien an, dann müssen wir auch den rumänischen annehmen, und es dauert nicht mehr lange, bis unser Land mit russischem Roggen überschwemmt ist. (Sehr richtig! rechts.) Wir haben in nichts übertrieben. Ich persönlich hoffe auch, daß die vorliegenden Handelsverträge keine Annahme finden werden.

Reichskanzler Graf v. Caprivi: Der Abg. Graf Limburg-Stron hat gestern in seiner Rede gesäumt, er beklage die Gleichgültigkeit der leitenden Stellen gegen die Landwirtschaft. Ich fühle mich umso mehr dazu berechtigt, diese Angriffe auf mich zu beziehen, weil seit Monaten in der Presse, die dem Grafen Limburg nahestehet, ein gehässiger Kampf gegen meine Person geführt wird. Der Abg. v. Ploetz hat nicht weniger heute einen Vorwurf gegen mich gerichtet, indem er sagte, daß Vertrauen zur Reichsregierung wäre in der Landwirtschaft verloren gegangen. Ich weiß nicht, wodurch ich diese Vorwürfe verdient habe, und wenn Graf Limburg einen so schweren Vorwurf gegen mich richten wollte, so wäre er doch wohl verpflichtet, einen Beweis dafür beizubringen. Das würde ihm aber um so schwerer geworden sein, als ich im Dezember 1891 hier an derselben Stelle bestimmt meine Stellung nicht allein zur Landwirtschaft, sondern auch zu denen, in deren Händen der Besitz gegenwärtig liegt, ausgesprochen habe. Ich glaube nicht, daß man viel mehr zu Gunsten der Landwirtschaft in wenigen Worten sagen kann, als ich gethan habe. Ich war deshalb überrascht, daß Graf Limburg sich berechtigt fühlte, anzunehmen, mein Interesse wäre jetzt ein anderes. Ich nehme alle diese Vorwürfe willig auf mich. Ich könnte mich ja auf die Reichsverfassung berufen und nachweisen, daß die Landwirtschaft an sich gar nicht zu den Dingen gehört, die von den Einzelstaaten an das Reich abgegeben wurden. Können nun diese Vorwürfe etwa aus meiner früheren Tätigkeit als preußischer Minister hergeleitet werden? Im Gegenteil. Das Gesetz von 1891 über die Rentengüter trägt meine Unterschrift. Ich will und kann mir nicht das Verdienst anmaßen, der Vater dieses Gesetzes zu sein, aber, wenn man meine Stellung zur Landwirtschaft in Betracht zieht, muß man auch dieses erwägen. Dieses Gesetz, das unter meiner Präsidenschaft eingebracht und angenommen ist, ist wahrscheinlich das größte und folgenreichste für die Landwirtschaft seit langer Zeit. Ich wiederhole also noch einmal, daß ich den Werth der Landwirtschaft hoch schätze; sie gleicht uns eine relativ gesunde Bevölkerung, geistig und körperlich, ist mehr geeignet, Charaktere zu erziehen und Soldaten hervorzubringen als die Städte. Die Landwirtschaft ist uns unbedingt erforderlich, und was die Regierung wird thun können, um sie als ein einträgliches Gewerbe zu halten, muß geschehen. Wenn ein Staat sich nicht mehr durch den eigenen Körnerbau ernähren kann, so ist eine Art des Angriffs densbar, in dem die Nachbarn sich vereinigen, es von seinem Getreide abzuschneiden, und dadurch, gerade wie man eine Festung eliminiert, ohne daß ein Schuß fällt, den Staat auszuhungern (Vorfall rechts). Es freut mich, daß Sie mir bestimmen. Warum haben Sie mich aber angegriffen? Ich habe doch niemals anders gedacht, und doch bin ich dauernd aufgeschreckt von Ihnen angegriffen worden. Ich habe schon früher ausgeführt, welches Interesse es für den Staat hat, den Stand der Besitzer, der einmal besteht, zu erhalten, und wie vom Kulturstandpunkt aus ein Wechsel im Besitzstand unerwünscht und für das Ganze schädlich ist. Ich erkenne auch an, daß die Familien, die seit langem im Besitz des Grund und Bodens sich befinden haben, Ritterlichkeit wie Bauernschaft, von hohem Werth im Staat gewesen sind, und daß kein Staatsmann es würde verantworten können, leichtsinnig diese Familien vom Grund und Boden scheiden zu sehen. Die Provinz Ostpreußen wurde in den 20er und 30er Jahren schwer getroffen; sie verdiente in jeder Weise Verständigung. Sie hatte lange Zeit die französischen Truppen zu erhalten und dann 1813 trog aller Opfer, die sie bereits gebracht hatte, zuerst die Fahne erhoben, um den fremden Eroberer zu vertreiben. Eine Provinz, die das gethan hat, die das hauptsächlich durch die Kraft ihrer ländlichen Bevölkerung gehabt hat, zu schädigen, würde ich nabezu für verbrecherisch halten. Darunter, daß in den 20er Jahren 70 Prozent der "adigen Gutsbesitzer" ihren Besitz haben

verlassen müssen, leidet die Provinz noch heute, und es ist nicht zu verkennen, daß eine Provinz, die derartig durchgemacht hat, aller Schonung noch auf lange Jahre bedarf. Wenn von der Landwirtschaft Opfer verlangt werden sind, auch von dieser Provinz, — ich glaube nicht, daß sie nennenswert sind durch das Heruntergehen des Zolls von 5 auf 3 Mark —, so kann ich für mich in Anspruch nehmen, daß sie nur dann verlangt sind, wenn ich aus innerster Überzeugung dahin gekommen bin, daß es kein anderes Mittel gab, um unsere Industrie zu erhalten, unserer Bevölkerung und damit auch der Landwirtschaft ihre Existenzfähigkeit zu sichern. (Unruhe und Widerspruch rechts.) Was die Handelsverträge betrifft, so verwahre ich mich zunächst dagegen, daß ein Mensch, der jetzt die Handelsverträge eingibt, entweder als ein am grünen Tisch ergrauter Beamter oder als Manchestermann bezeichnet wird. Ich kann Zeugnisse anführen, daß auch andere ganz agrarische Menschen der selben Ansicht gewesen sind. In einer an den Fürsten Bismarck gerichteten Petition vom September 1887 heißt es unter anderem: "Eine Erhöhung des Zolls auf 5 oder 6 M. erscheint bei unserm bereits hohen Zoll nicht ganz unbedenklich; auf dem Gebiet der Volkswirtschaft strafft jede Übertreibung eines an sich richtigen Prinzips durch einen unvermeidlichen Rückschlag. Es ist auch die Frage, ob eine Zollerhöhung nicht eine unerwünschte Trübung in dem Verhältnis zu unseren Nachbarstaaten insbesondere zu Österreich zur Folge haben würde, gez. Graf Leo zu Stolberg und Frhr. v. Mirbach." (Große Heiterkeit links.) Auch ich bin der Überzeugung, daß unsere Landwirtschaft sich in einer sehr schwierigen Lage befindet, aber ich halte es nicht für richtig, die Verhältnisse schwärzen zu malen, als sie sind. Bisher hielt ich es für gut, daß die Landwirthe sich zu einem Bunde zusammen thaten, um darüber zu berathen, wie sie sich der Notth erwähren könnten. Die Art und Weise, wie es gethan ist, ist mir nicht sympathisch gewesen, aber ich gab mich der Hoffnung hin, daß das gemeinsame Werk nicht ohne gute Folgen sein würde, denn ich glaube, daß auf dem Boden der Landwirtschaft durch genossenschaftliches Zusammenwirken noch viel zu erreichen ist. Es sind dort noch sehr schwierige Fragen zu lösen. Es erscheint mir nur zweifelhaft, ob diese Fragen in großen Versammlungen zu lösen sind, ob da nicht etwas mehr "grüner Tisch", etwas mehr Überlegung angebracht gewesen wäre. Ich habe die Kundgebungen des Bundes aufmerksam verfolgt. Ich betone nochmals, daß ich den Bund in seinen ursprünglichen Zwecken für gut halte, aber nach den Artikeln in der Presse des Bundes kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß der Bund auf die Massen hat wirken wollen. Den Artikel fehlt der geistige Inhalt. Man hatte das gemeinsame Gefühl, es geht uns schlecht, es muß etwas geschaffen werden, man war sich aber nicht klar, was geschehen mußte. Ich bin in dieser Auffassung wesentlich bestärkt worden durch die Artikel in dem leitenden Blatte; ich sagte mir, nach der Vergangenheit dieses Blattes ist es auffällig, wenn es Artikel mit so geringem geistigen Inhalte an so hervorragender Stelle aufnimmt. Da kam ein Artikel mit der Überschrift: "Schafft Klarheit." Es war mir nicht möglich zu erkennen, worin er die Klarheit befördern sollte. (Heiterkeit.) Er brachte keinen neuen Gedanken; er brachte nur eins, was mir bis dahin unklar geblieben war: mich treffe der Vorwurf, daß ich das Vieh aus dem Westen, wo Futternot herrsche, nicht nach dem futterreichen Osten schaffen lassen. Ich hätte gewünscht, der Verfasser hätte angegeben, wie dieser Gedanke praktisch ausführbar sei. Ich wenigstens kann mir keine Vorstellung davon machen, wie eine solche Ferienkolonie für das Vieh aus dem Westen aussehen sollte. (Heiterkeit.) In demselben Blatte stand ein Artikel, betitelt "Rückblick", er beschäftigte sich mit der Militärvorlage. Noch heute erfüllt mich mit Freude und Befriedigung, was von kontraktiver Seite für die Militärvorlage geschehen ist. Es wäre mir eine Freude gewesen, wenn ich mit dieser Partei noch weiter Schulter an Schulter hätte geben können, wenn sie es mir nicht unmöglich gemacht hätte. In dem Artikel heißt es: "Da haben wir nun die Handelsverträge gemacht, und daraus erwächst Russland ein Vortheil von zwei Armeekorps." Das war mir allerdings etwas neues, wie man Getreide so ohne Weiteres in Soldaten umrechnen konnte. Ich bin ja nicht der Ansicht, als ob die Körperschaften des landwirtschaftlichen Bundes nicht fähig wären, Besserungen zu leisten, aber um auf die großen Massen zu wirken, haben sie nothwendigerweise auf ein niedrigeres Niveau heruntergehen müssen. Das ist die Folge der agitatorischen Betriebsweise. Herr von Plötz gab ja auch zu, daß der Bund agitatorisch vorgehe. Wenn man sich auf die großen Massen stützen will, muß man Agitation treiben; dieses ist nicht gerade mit einer Vertiefung verbunden. Das ist an sich klar, aber es ist auch mit den konservativen Prinzipien nicht vereinbar. Ich bin ein alter konservativer Mann und habe die Ursprünge der konservativen Partei mitgemacht. Ich habe Stahl und Leo gehört. Stets war eines der ersten Argumente: Autoritäten und nicht Majoritäten. Es ist mir begreiflich, daß das allgemeine Wahlrecht auch die konservativen Männer beeinflußt hat, jetzt heißt es: "Majoritäten und nicht Autoritäten!" Ich meine unter Autoritäten nicht die Regierung, sondern ich würde wünschen, daß die Autoritäten unter Ihnen sich bemühten, die Mittel und Wege zu finden, wie der Kalamität weiter abzuwenden ist. Weiter haben Sie nicht umhin gekonnt, die pekuniäre und wirtschaftliche Lage sehr stark zu betonen. Geschichtlich das agitatorisch, so folgt ganz von selbst, daß der Eigentümer mit ins Gefecht geführt wird. Die Staatsregierung tritt immer mehr zurück, je mehr die Interessen des einzelnen vorgetreten. Ich habe Dinge zu lesen und zu hören bekommen, die mich aufs Tieftauchen bringt, Dinge, in denen ich einen Rückblick des politischen Lebens und des patriotischen Empfindens erkenne, Dinge, von denen Fichte und Ernst Moritz Arndt mit der peinlichsten Entrüstung gesprochen haben würden. Man stellt die Interessen einer Gruppe den Interessen des Staates voran, und das ist, was ich verlange. (Lebhafteste Zustimmung links.) Das ist wohl nicht die ursprüngliche Absicht gewesen, das ist die unbeabsichtigte Folge des agitatorischen Vorgehens. Man wirft mir vor, daß ich meinen Ar und meinen Halm besäße. Wenn ich nun einen Ar hätte und so verschuldet wäre, wie die

Herren von der Landwirtschaft es darstellen, glauben Sie, daß ein so verschuldetes Reichsanzler ein wünschenswerther Reichsanzler wäre? (Heiterkeit.) Ist es nicht traurig, daß dem ersten Beamten des Reiches ein solcher Vorwurf gemacht wird? Das kann heißen: Du hast von der Landwirtschaft nicht die erforderlichen Kenntnisse. Nun sind wohl aber solche Kenntnisse nicht erforderlich, um sich über die Lage eines wichtigen Berufsvergleichs zu informieren. Es ist doch nicht nötig, selber den Dreischlegel und den Pfug zu führen, um die Lage der Landwirtschaft im ganzen zu erkennen. Ich glaube auch, man hat mit diesem Vorwurf sagen wollen, der Mann ist selber nicht interessirt an der Landwirtschaft, deswegen nimmt er an unsern Befreiungen nicht Theil. (Lebhafter Widerspruch rechts.) Wenn das der Fall wäre, wie weit wäre man gesunken, wenn man voraussetzt, daß der Egoismus der Hebel für die Handlungen eines Beamten wäre (Unruhe rechts). Zwischenruf: da hört doch alles auf!. Ich wiederhole es, ich habe keinen Ar und keinen Halm, aber soweit mein Erkennen und Willen reicht, werde ich für die Landwirtschaft sorgen. Gewisse Forderungen, die Sie stellen, übersteigen jedoch die Grenzen einer verständigen Agitation, und ich fürchte, daß die Führer des Bundes der Landwirthe schließlich die Agitation nicht in den Grenzen werden halten können, wie sie es wollen. Sie nehmen die Landwirtschaft einfach aus dem Staatsleben heraus und denken sie sich isolirt. Ja, Sie sind schon so weit, daß Sie gegen die Industrie vorgehen. (Widerspruch rechts.) Ich will zum Beweise einen Satz anführen, der landläufig geworden ist, den man immer wieder als Argument dafür hört, daß vor allen Dingen für die Landwirtschaft gesorgt werden muß, gleichviel, was aus dem übrig wird, nämlich: "hat der Bauer Geld, so hat's die ganze Welt" (Sehr richtig! rechts.) Das war richtig, als wir noch Getreide exportierender Staat waren, und ist auch heute richtig, insfern als man damit etwa sagen will, daß eine gute Ernte ein Segen für das ganze Land ist, aber weiter nichts. Müngt denn der Bauer das Geld? Der Bauer bekommt es erst durch die Leute, die ihm seine Krüchte abnehmen. Wenn die anderen Stände nicht in der Lage sind zu kaufen, dann ist der Bauer nicht in der Lage, seine Schweihe, seit Getreide loszuwerden. Wir können nicht ohne Landwirtschaft bestehen, aber auch nicht allein durch die Landwirtschaft. Die Frage, ob die Landwirtschaft der Industrie vorgeht, hat gar keinen Werth. Es handelt sich darum, einen Berufszweig neben dem andern zu erhalten. Denn der Staat kann auch ohne die anderen Berufszweige nicht bestehen. Sie aber haben eine Einschauung angenommen, daß Sie immer nur die Landwirtschaft seien. (Widerspruch rechts.) Es würde mir nicht schwer fallen, aus einem Artikel der heutigen "Kreuzzeitung" das zu beweisen. In einer Eingabe an das Reichsamt des Innern wird auch über den enormen Schaden geklagt, der entstanden ist durch die frei gegebene Einfuhr von Schweinen aus verschiedenen Ländern. Erstens ist der Schaden nicht enorm, und zweitens ist die Grenze nicht freigegeben, sondern es sind nur vier Einfuhrstationen für russische Schweine gestattet worden; und diese Maßregel ist vom Landwirtschaftsminister selbst angeordnet. Es ist kein einziger Fall konstatiert worden, in dem Schaden herbeigeführt wurde. Herr v. Beelow-Salese der dreifach Eingabe an das Reichsamt gerichtet hat, ist aufgefordert, den exorbitant hohen Preisen von 1890/91 sind die Preise wieder auf das Maß zurückgegangen, das seit langen Jahren bestand. Die Einfuhr an Vieh und frischem Fleisch hat auch in letzter Zeit erheblich abgenommen. Die Handelsverträge haben also nichts geschadet. Woran krankt unsere Landwirtschaft? zunächst an der Verwaltung eines großen Theils unserer Besitzer, nicht daß die Verwaltung allein durch die Schuld der Besitzer hervorgerufen ist, kommt wohl auch vor (Abg. Richter: Ja!), sondern durch die ökonomische Entwicklung; es wird immer schwerer, die Güter aufzubringen. Der zweite Nebenstand ist der, daß man von dem sich selbst genügenden Lande auf den Weltmarkt hat gehen müssen, seitdem wir aus einem exportierenden zu einem importierenden Lande geworden sind. Endlich liegt Grund zur Sorge für die Landwirtschaft im Arbeitermangel. Es ist zu klagen, daß die Arbeiter den Industriezentren zufließen. Aber was kann die Regierung gegen dieses Uebel thun? Die Landwirtschaft ist krank, aber dies Uebel ist ein organisches, liegt tief, ist nicht durch kleine Mittel zu beseitigen. Es ist auch chronisch und kann also nur langsam heilen. Sie können aber unmöglich von der Regierung verlangen, daß sie die Verschuldung der Landwirtschaft aufhebt, wir können auch die Arbeiter nicht an die Scholle binden, und wir können nichts dazu thun, daß wir aus einem Getreide importierenden zu einem exportierenden Lande werden, so lange wir mehr Menschen als Getreide erzeugen. Es ist also Unrecht, auf die Regierung zu schelten, so lange man nicht im Stande ist, die Mittel anzuregen, wodurch das Uebel gehoben werden kann. Dieses Mittel habe ich noch von keinem gehört, auch nicht vom Bunde der Landwirthe. Was Sie wollen, und was wir ja auch erstreben, kann erst nach Jahrzehnten wirken. Wir sollen das Kreditwesen ändern, sagt man uns. Das sind doch sehr schwerwiegende Fragen, und wenn ich auch weiß, daß etwas darin geschehen muß, in kurzer Zeit kann es aber doch nicht geschehen. Trotz aller Angriffe werde ich mich nicht betören lassen in meinem Bestreben, an dem Schilde der Landwirtschaft mit meinem Herzen und mit meiner Thätigkeit teilzunehmen. Ich werde fortfahren, das zu thun, was im Willen der verbündeten Regierungen liegt, und was ich selbst als gerecht und billig anerkenne. (Vorfall.)

**Abg. Dr. Schönlank (S.-D.):** Bisher haben Industrie und Landwirtschaft auf Kosten der Konsumenten Gewinn bezogen. Auf die Dauer kann aber das Schutzollsystem nicht aufrecht erhalten werden, dessen Banterklärung ja die Handelsverträge bilden, denn die Grundlage unseres Exports bildet die Arbeitskraft des Volkes, diese wird aber durch die Besteuerung der Lebensmittel geschwächt. Jetzt, wo man diesen Zustand verbessern will, kommt der Brüderlichkeit zwischen Industrie und Landwirtschaft zum Vortheile. Wir werden es auch vielleicht bald erleben, daß die um Stumm die Klingen kreuzen mit denen um Mirbach. Es wird bedauert, daß Spanien unsern Sprit nicht bevorzugen will. Es will sich eben nicht durch deutsche Füsilier vergrätzen lassen. Wenn der Handelsvertrag mit Rumänen auch die Wirkung haben wird, daß mehr Weizen zu uns importiert wird, so werden wir dafür mehr landwirtschaftliche Maschinen expo tieren. Das geht aber die Konservativen nichts an, sie kennen nur Bitterwirtschaft und Klagenwesen. Die armen Bauern, für die sie zu kämpfen vorgeben, das ist der Großgrundbesitz, der einen so unverhältnismäßig hohen Anteil am gesamten Großgrundbesitz hat. Man spricht vom sozialen und ethischen Werth des Junkerthums. Der gilt uns keinen Pfifferling, denn er besteht darin, daß das Junkerthum das Volk knechtet, auspowert und durch Viehsgaben und Zölle sich bereichert. Dieses Junkerthum zu erhalten, haben wir keinen Grund. Was nützt es, daß die Eltern sich mühen, um etwas zu ersparen. Die Söhne verspielen aber in einer Nacht am Macao und Roulette Tausende von Mark mit dem alten, ehrlichen Seemann. (Heiterkeit.) Wir sind Gegner des Schutzollsystems, das die Massen belastet und von ihnen gefaßt wird, und darum werden wir für die Handelsverträge stimmen, aber gegen eine Kommissionsberatung, weil es überflüssig und unnütz ist. Herr Lieber hat freilich noch Bedenken und will Aufschluß hinter verschloßenen Thüren, er sollte doch gleich beantragen, daß die Handelsverträge von der Jesuitenkommission beraten werden. (Heiterkeit.) Wenn Paris eine Messe wert ist, so ist doch die Aufhebung des Jesuitengesetzes die Handelsverträge wert. Die Unzufriedenheit im Volke ist groß, auch im Bauernstande. Darum haben ja auch die Konservativen mit den selbständigen Bauern, deren Erregung sie fürchteten, bei den letzten Wahlen einen Kompromiß schließen und Bauernkandidaten aufstellen müssen. Darum haben sie auch den Antisemitismus in ihr Programm aufgenommen. Dieser Antisemitismus ist ein trefflicher Minister. Nach ihm kommt der Sozialismus wie nach dem A das B. Auf Ahlwardt folgt Bebel. (Heiterkeit und Beifall.)

**Abg. Frhr. v. Stumm (Rp.):** Mit dem Antrag auf Kommissionsberatung ist meine Partei einverstanden. Es wird sich bei den vorliegenden Verträgen lediglich um die Frage handeln, werden sie für unter gewerbliches Leben Vortheil oder Nachteil bringen, unabhängig von unserer früheren Stellung zum österreichischen Handelsvertrag. Das kann ich nicht angeben, daß die Industrie durch dieselben wäre der Export der Industrie noch mehr erschwert worden. Niemals hat die Industrie einen Vortheil verlangt auf Kosten der Landwirtschaft. An der Erhöhung der Löhne ist nicht die Industrie schuld, sondern die großen Städte. Wird nachgewiesen, daß diese Verträge die Landwirtschaft schädigen, dann werde ich unbedingt dafür eintreten, daß die Interessen der Landwirtschaft gewahrt werden. Bei der Agitation des Bundes der Landwirthe liegt allerdings die Gefahr nahe, daß ein Krieg zwischen Industrie und Landwirtschaft entsteht. Das muß entschieden verhindert werden; denn beide gehören zusammen. Es muß doch anerkannt werden, daß in diesen Verträgen erlangt ist, was nur erlangt werden konnte. Bezüglich der Spiritusaufzehrung nach Spanien kann ich wenigstens aus persönlicher Erfahrung mittheilen, daß die Spanier eine unüberwindliche Abneigung gegen den Spiritus haben. An allem Unglück soll er schuld sein, wenn z. B. eine Frau keine Kinder mehr bekommt, dann glaubt man allen Ernstes, daß der deutsche Spiritus doran Schuld ist. (Heiterkeit.) Die Landwirthe beklagen sich vielfach, daß durch den Vertrag mit Rumänen die Einfuhr rumänischen Getreides erleichtert werde. Es wäre ja schön, wenn das Quantum rumänischen Weizens von unserem Markt abgehalten würde. Aber das ist doch klar, daß er, auch wenn wir unsere Grenze absperren, über England zu uns kommt. Man sagt, wir sollten es wie Frankreich mit seinem autonomen Zolltarif machen. Frankreich bestellt Kolonien, wie wir sie nicht haben. Aus der Schweiz ist Frankreich verdrängt, wir haben den Markt gewonnen, wie auch unsere Eisenindustrie sich allmählich den italienischen Markt gewinnt. Am Rhein geht es der Landwirtschaft besser als im Osten, weil es dort eine blühende Industrie gibt. Das ist doch ein Beweis, daß ja der Vortheil, den die Industrie hat, auch der Landwirtschaft zu Gute kommt.

**Abg. Richter (Frei. Volksp.):** Frhr. v. Stumm behauptete, die großen Städte seien der gemeinsame Feind für Landwirthe und Industrielle. Wenn nun aber z. B. Berlin nicht einen so großen Verbrauch an landwirtschaftlichen Erzeugnissen, abgesehen vom Getreide, auch an Butter, Fleisch, Milch und Gemüse bis weit nach Ostpreußen und nach dem Süden hätte, was wäre dann erst für ein Notstand der Landwirtschaft vorhanden! Deshalb, weil zufällig die Worte des Frhrn. v. Stumm auf dem platten Land liegen, kann er doch nicht einen Gegensatz zwischen großen Städten und andern Industriestädten aufbauen. Auch die Landbevölkerung trägt zur Vermehrung der Population bei, und wo bleibe der Zuwachs der Bevölkerung, wenn sie allein auf das platte Land angewiesen wäre? Sie hätten zwar niedrigere Löhne, aber auch ein besto größeres Proletariat, namentlich wo die Besitzverhältnisse so gebunden sind, daß es für den kleinen Mann überhaupt schwer ist, ein Stück Land zu erwerben. Darin stimme ich mit dem Herrn v. Stumm überein, daß, wenn nicht ein Abzug in die Industriegegenden vorhanden wäre, die Auswanderung nach Amerika aus dem Osten noch stärker wäre. Die Landwirtschaft hat gar keine Veranlassung, sich der industriellen Entwicklung zu widersetzen, denn das ist die Bedingung eines größeren Ablasses für die Landwirtschaft. Aber man soll auch nicht künstlich von Staatswegen die industrielle Entwicklung fördern, das System der Schutzölle, namentlich der Eisenölle, wie es im Westen vermehrt und erweitert worden ist, gereichte zum Schaden der Landwirtschaft im Osten. Auch aus diesem Grunde bin ich jederzeit gegen die Eisenölle eingetreten, obwohl ich einen Kreis vertreten habe, der zu den bedeutendsten Eisenindustriebezirken gehört. Die Solidarität des Frhrn. v. Stumm mit den Interessen der Landwirtschaft ist also gar nicht so weit her, wie er es darstellt. Namens meiner Freunde erkläre ich, daß wir die Verträge billigen. Wir halten eine Kommissionsberatung selbst für überflüssig, gegenstandslos und für eine leere Formalität. Wenn wirklich dort noch etwas Neues gesagt wird, so wird es dort zum ersten Male gesagt und dann zum zweiten Male hier im Plenum. (Widerspruch rechts, Zustimmung links.) Was wollen Sie denn mit den Handelsverträgen in der Kommission? Amendiren können Sie nicht. Wollen Sie größere Konzessionen von den auswärtigen Staaten erwerben? Die Vertreter derselben sitzen ja gar nicht in der Kommission. Alle deutschen Tarifermäßigungungen aber sind schon Gegenstand parlamentarischer Richtung gewesen. Wir halten diese drei Handelsverträge für eine nothwendige Konsequenz der früheren von dem Hause genehmigten Verträge, uns vor allem sind sie eine Konsequenz des Gesetzes, das die Regierung ermächtigt hat, provisorisch genau dieselben Tarifermäßigungungen für andere Staaten in Kraft zu setzen, die jetzt definitiv genehmigt werden sollen. Wie könnten Sie auf der rechten Seite es verantworten, solche Ermäßigungungen provisorisch einzuführen; denn das müßten Sie sich doch

sagen, daß wenn einmal die Ermäßigungungen eingetreten sind, es schwer ist, sie rückgängig zu machen. Die Staaten, denen gegenüber die Provisionen abgeschlossen sind, müßten es geradezu als einen Akt der Feindseligkeit aufnehmen, wenn die Provisorien wieder zurückgenommen würden. Die Regierung hat den provisorischen Zustand benutzt, um in dem Definitivum so viel Konzessionen als nur möglich zu erlangen. Wenn hier von dem Ausfall der Zölle als Folge der Handelsverträge gesprochen wird, so muß man bei Seiten vorbeugen, daß dieser Grund nicht zu Gunsten der neuen Steuerprojekte ins Feld geführt wird. Wenn wirklich alle Tarifermäßigungungen auf allen Grenzen in Kraft treten, so betrüge der Zollausfall 36 Millionen. Nun wird aber ein großer Theil des Ausfalls dadurch gedeckt, daß ja in Folge des Abschlusses der Verträge eine Vermehrung des Imports fremder Länder eintritt. In der Militärikommission wurde im vorigen Jahre bei den finanziellen Erörterungen von Seiten der Regierung hervorgehoben, daß die Getreidezölle die Neigung haben, stärker zu wachsen als irgendwelche andere Zölle. Unsere Landwirtschaft ist nicht in der Lage, den naturgemäßen Zuwachs der Bevölkerung mit entsprechendem Getreide zu versorgen. (Widerspruch rechts.) Die Regierung selbst sagte aus, daß die Getreidezölle in Folge dieses Zuwachses in 5 Jahren um 18 Millionen wachsen. Wenn sie nur zur Hälfte wachsen, so ist in 15 Jahren der Ausfall bereits gedeckt, wenn man denselben auf 27 Millionen M. annimmt. Ferner sind die Zolleinnahmen überhaupt abgesehen von den Getreidezöllen, nach der Angabe der Regierung in 5 Jahren um 66 Millionen Mark in Folge des natürlichen Wachsthums des Imports gestiegen. Diese Steigerung gleicht also bereits nach zwei Jahren, also bis 1894 wieder aus, was durch die Handelsverträge an Zolleinnahmen ausfällt. (Sehr richtig! links.) Well nun aber die Regierung selbst von der Ansicht ausging, hat sie bei der Etatsfestsitzung für 1892/93 bei Einführung der Handelsverträge genau denselben Etatsansatz für die Zölle von 340 Millionen beibehalten wie früher. Und nachher ist trotz der Handelsverträge 1892/93 nicht nur der etatsmäßige Ansatz von 340 Millionen, sondern eine Einnahme von 360 Millionen erreicht worden. Auch im Etat 1893/94 hat die Regierung keinen niedrigeren Etatsansatz gemacht und im Etat von 1894/95 die Einnahmen aus Zöllen noch um 8 Millionen höher etatistisch wie früher. Allerdings sind die Einnahmen 1892/93 zurückgegangen gegen die Zolleinnahmen des Vorjahrs. Dieser Rückgang der Einnahmen des Jahres 1892/93 aus den Getreidezöllen gegenüber dem Etatsansatz war aber nicht lediglich die Folge der Tarifermäßigungungen, sondern hier wirkt in viel höherem Maße der Umstand, wie die inländische Ernte aussfällt. Die Zolleinnahmen des Jahres 1991/92 sind deshalb so außerordentlich hoch gewesen, weil die Ernte dieses Jahres eine so ungünstige war und deshalb eine hohe Getreideeinfuhr stattfand, dagegen sind die Zolleinnahmen des Jahres 1892/93 deshalb so sehr zurückgeblieben, weil in Folge der guten Ernte nur wenig eingeschafft wurde. Der Rückgang in den Zolleinnahmen hat sich seitdem fortgesetzt bis zum Juli dieses Jahres. Jetzt fangen die Zolleinnahmen an, zu steigen. Die niedrigen Getreidepreise sind keineswegs die Folge der Handelsverträge oder der Überschwemmung mit ausländischem Getreide; im Gegentheil niemals ist so wenig Getreide in Deutschland eingeführt worden, als gerade jetzt. Wenn Sie (nach rechts) jemand anfragen wollen, dann fragen Sie unser Herrn Gott an, daß er durch günstige Ernten die Spekulation auf Getreideheuerung, die nicht bloß an der Börse, sondern auch auf vielen Gütern vor kommt, zu nichts gemacht hat, aber nicht das bisschen Handelspolitik, das der Reichskanzler gemacht hat (Beifall). Bei Umgestaltung des Finanzwesens in Preußen und der Aufhebung der lex Huene hat der Minister Miquel, der ein guter Rechner und fiskalisch genug ist, schon den ganzen Zollausfall berechnet. Die Gemeinden sind nur mit 24 Millionen entlastet worden, als wenn der Getreidezoll nicht von 5 auf 3½, M., sondern auf 2½, M. ermäßigt worden wäre. Alle die Herren, die hier die Tarifermäßigung als so ungeheuerlich hinstellen, haben im Abgeordnetenhaus mitgewirkt, die Staatskasse für die Tarifermäßigung zu entlasten. Denn bei dem neuen Vermögenssteuer ist der Betrag von 35 Millionen in Ansatz gebracht worden, weil sich der Staat von vornherein für die gesammte Tarifermäßigung der Getreidezölle hat schadlos halten wollen. Wenn jetzt Rumänen und vielleicht Russland gegenüber den Getreidezöllen von 5 M. aufrecht erhalten würde, so wäre also diese ganze Rechnung falsch und die Vermögenssteuer zu hoch tarifirt. Also was die preußischen Finanzen betrifft, so ist der Ausfall aus den verminderten Zolleinnahmen bereits in Rechnung gestellt und kann nicht zur Unterlage für neue Steuern im Reiche in Aussicht genommen werden. Der Hinweis auf den Ausfall der preußischen Landtagswahlen erregt einen gewissen heiteren Eindruck, wenn man diese Landtagswahlen als Verurtheilung der Regierungspolitik hinstellen will, als einen Akt der Opposition gegen den Reichskanzler und das preußische Ministerium. Soweit ich zurückblenden kann, sind niemals so viele Landräthe und Regierungspräsidenten gewählt worden als jetzt. (Beifall links. Unruhe rechts.) Hat man die Herren etwa gewählt, um der Regierungspolitik ein Missbrauchsamt zu ertheilen. In diesem Fall wäre es verkehrt, grade solche Personen zu wählen, die die bekannte Kabinettordnung hinstellen, als Männer, die bei den Wahlen und sonst verpflichtet sind, immer die jeweilige Regierungspolitik zu vertreten. Man kann vielleicht aus der Überhandnahme der Landräthe auf einen gewissen Zustand der politischen Verstimpfung in den betreffenden Wählerkreisen schließen (Unruhe rechts, Heiterkeit links). Der Ausdruck ist zuerst in der nationalliberalen Presse aufgetaucht, ich erkenne ihn gern als richtig an. Graf Kanzl hat besonders die Wahlen in Ostpreußen gelobt. Federmann weiß doch, wie dort die Wahlen gemacht werden, von den Regierungsbeamten. (Widerspruch rechts.) Seien Sie doch einmal in den Zeitungen die Prozeßverhandlungen in Memel, welche Anstrengung da der konservative Landrat Krantz gemacht hat, um konservative Wahlen zu ermöglichen. Das ist auch ein Zeichen der Zeit, daß der Wahlkreis des Grafen Möltke diesmal zum ersten Mal von einem Vertreter meiner Partei vertreten wird (Unruhe rechts), und das hängt zusammen mit den Handelsverträgen, die gemäßigt Konserватiven in Memel-Heydekrug haben meinem Kollegen den Vorzug gegeben, weil er ein entschiedener Freund des Abschlusses eines Handelsvertrages mit Russland ist. Sind Ihnen denn die Mothscrete unbekannt, die in jenem Kreise erhoben worden über die Abstimmung gegen Russland? Wenn das so fortduert, so sind 100 Dampfschiffe dauernd zum Stillstand verurtheilt. Wenn Sie, Herr Graf Kanzl, einen Blick über Ihre Strohdächer hinaus (Große Heiterkeit) nur in die nächsten Nachbarkreise werfen wollten, so werden Sie finden, wie man erachtet, daß der Zollkrieg mit Russland ein Ende findet. Dann hat Graf Kanzl bemängelt, daß die Rede des Frhrn. von Maricall nur Beifall gefunden hätte bei den Sozialdemokraten und bei uns. Was sollen wir armen Leute auf der Linken machen? (Heiterkeit.) Wenn es heißt „Widerspruch links“, dann sagt man, wir hätten an allem was auszusehen, wir seien Nörgler, und rufen wir Beifall, dann ist es Ihnen auch nicht recht. Das beweist doch nur, daß wir Beifall und Widerspruch nicht wegen der Regierung, wegen der Person des jeweiligen Reichskanzlers geltend machen, sondern je nachdem wir die Maßregeln des Reichskanzlers für richtig oder unrichtig halten. Wir treiben sachliche, nicht persönliche Politik (sehr richtig! links). Ich persönlich bin übrigens an dem Beifall nicht

unbeteiligt gewesen (Heiterkeit), denn die Rede des Frhr. v. Maricall war zwar klar und sachlich, aber es ist doch kein besonderes Kunststück dem Grafen Bimburg zu widerlegen. (Große Heiterkeit.) Ich bin auch weit entfernt, die Regierung mit Lobgesprächen zu überschütten wegen der Verträge, denn dieselben bleiben weit zurück hinter dem, was ich für nothwendig halte. Das ist ein viel zu beschiedener Anfang, eine viel zu beschränkte Umkehr von der Postulat von 1879, welche Deutschland in die mißliche Verhältnisse auf den verschiedensten Gebieten gebracht hat. Ich mache der Regierung auch nicht den Vorwurf, daß sie zu rasch vorgegangen ist. Nein, sie ist viel zu langsam vorgegangen; man hätte die Konsequenzen aus den ersten Handelsverträgen viel rascher ziehen müssen. Dieser Tauschhandel, dieses ängstliche Birkeln, daß auf eine Zollermäßigung genau dieselbe Ermäßigung auf der anderen Seite kommt, das ist nicht mein Standpunkt. Die Zollermäßigung auf Getreide ist in erster Reihe nothwendig für die deutschen Konsumenten. Wenn wir selbst keine Ermäßigung erlangt hätten, so läge die Ermäßigung der Getreidezölle doch in unserem eigenen Interesse. Ein Handelsvertrag ist kein Vertrahandel, sondern es gilt nur, sich gemeinsam darüber zu verständigen, was ohnehin beiderseitig schon zu eigenen vernünftigen Interessen liegt. Wenn Sie glauben, daß wir so überaus zufrieden sind mit der Handelsvertragspolitik der Regierung, so sind Sie also im Irrthum. Ich bedaure, daß die Regierung nicht über den ersten Kreis der Tarifermäßigungen hinausgegangen ist. Es wäre sehr wesentlich gewesen, wenn man z. B. Rumänen eine weitere Ermäßigung des Maiszölles gehabt hätte. Die frühere Kartoffelnot der Brenner und die diesjährige Kartoffelnot hat die Nothwendigkeit davon gezeigt. Eine solche Konzession hätte vielleicht auf rumänischer Seite weitere Konzession für unsere Industrie zur Folge gehabt. Wir stimmen also nicht mit einem gewissen Jubel und Verherlichung den Handelsverträgen zu, sondern weil wir das Bessere nicht erreichen können, neben mir wenigstens mit dem Beiseitigen vorlieb, was uns gewährt wird. Wozu überhaupt so viele Worte über diese mäßigen Herabsetzungen? Aber alles dies soll ein Vorbispiel sein für die Dbatte über den russischen Vertrag. Man dachte, wenn wir uns jetzt schon so mehren, dann muß der Reichskanzler den Eindruck bekommen, wie sicherlich wir werden, wenn erst der russische Handelsvertrag kommt. (Heiterkeit und Beifall.) Ich weiß aber nicht, was man dann noch mehr wird leisten können. Die Rede des Herrn von Blöß passte auf alle Handelsverträge. (Heiterkeit.) Er hat schon jetzt das lezte Goldstück seiner Gedanken ausgegeben und in Superlativen kann er nicht mehr leisten. (Heiterkeit.) Die Vorgänge unter Friedrich Wilhelm I. hier meint der Bund der Landwirthe, das Land wird ruinirt werden bei Ermäßigung der Zölle. Dort meinten die Jucker, daß bei Abschaffung der Privilegien auch das Land ruinirt werden würde. Der König aber sagte: nihil credo, aber das credo, daß den Juckern ihre Autorität ruinirt werden wird; ich aber werde meine Souveränität stabilisiren wie ein rocher de bronze. Die Souveränität heißt das Staatsinteresse. Es handelt sich auch hier thatlich um einen Krieg der Sonderinteressen gegen die allgemeinen Staatsinteressen. Es ist schlimm bestellt, wenn die Regierung, wie es unter dem Fürsten Blasius geschieht, die Sonderinteressen gegen die Staatsinteressen pflegt und schützt, aber wenn die Regierung es unterschlägt, allgemeine Interessen gegen Sonderinteressen zu schützen, dann ist sie unbefuglich, wenn sie sich nur selbst treu bleibt. Wenn die Handelsverträge nur eine Stütze finden sollten in den Parteien der Linken, dann wäre es nur um so ehrenvoller für diese Partei. Ich glaube aber, wenn das Haus vor die Verantwortung gestellt würde: ja oder nein, so wird die große Mehrheit die Verantwortung nicht übernehmen können, diese Handelsverträge, die im Interesse der Allgemeinheit liegen, abzulehnen. (Beifall links.)

Ein Beratungsantrag wird angenommen.  
Abg. Graf v. Kainz bestreitet in einer persönlichen Bemerkung, daß er gegen den russischen Handelsvertrag in seiner Rede vom Donnerstag Stellung genommen habe.

Nächste Sitzung: Sonnabend 1 Uhr (Fortsetzung der heutigen Beratung).  
Schluß 5½ Uhr.

## Deutschland.

**Berlin, 24. Nov. [Aus dem Reichstage.]** Eine Berechnung, wonach die Mehrheit für die Handelsverträge ungemein unsicher sein soll, wird im Reichstage von den verschiedensten Seiten lebhaft bestritten, und die heutige Fortsetzung der Handelsvertragsberatung unterstützt die Zweifel an jener Berechnung. Bis auf wenige Mitglieder werden die Nationalliberalen für die Verträge stimmen, und die Rede des Frhrn. v. Stumm läßt erkennen, daß auch in der freikonservativen Fraktion die Geneigtheit zur Annahme der Handelsverträge überwiegt. Gwar haben sich die kleineren Gruppen noch nicht hören lassen, aber sowohl die Polen wie die Antisemiten dürfen bis auf verschwindende Ausnahmen zu den Freunden der Verträge zu rechnen sein. Nach der Auffassung von keineswegs sanguinischen Kennern der Verhältnisse ist mit aller Sicherheit darauf zu rechnen, daß die Handelsverträge durchgehend, und sogar die Kommissionsberatung wird nicht als Hinderniß einer angemessenen schnellen Erledigung der Vorlagen betrachtet. Die Kommission wird einfach nur thun können, was sie nicht unterlassen kann, nämlich nach gründlichem Durchsprechen der Haupttarifpositionen das Ganze anzunehmen, wie es ist. Nur scheinbar und nur dank der Fähigkeit der Konservativen kommt so der Eindruck heraus, als würden in den gegenwärtigen Berathungen eine Entscheidung für oder gegen erst vorbereitet, während sie in Wahrheit schon gefällt ist, wenn auch natürlich noch nicht der Form nach. Die Gegner der Vertragspolitik ersehen durch ihre Heftigkeit, was ihnen an Gründen abgeht. Aber selbst die maßloseste Erbitterung muß sich am Ende erschöpfen, sieht wenigstens ihren Wortschatz mehr und mehr abnehmen, von dem Schatz an Gedanken gar nicht erst zu reden. Heute war es Herr v. Blöß, der Vorsitzende des Bundes der Landwirthe, der dem Reichskanzler zum so und so vielen Male beweisen sollte, wie verkehrt seine Handelsvertragspolitik ist. Herr v. Blöß mag ein passabler Agitator mit der Feder in der Hand sein, aber für die Ansprüche an die parlamentarische Tribüne ist er etwas zu klein von Wuchs. Er hatte das Malheur, erst nach dem nationalliberalen Marburger Professor Paasch zum Worte zu kommen, während seine Rede wohl ausgearbeitet und memorirt, die Antwort auf die gestrige Rickettsche Rede

darstellen sollte. So brachte sich der konservative Herr um eine Gelegenheit, die seiner Sache allerdings hätte nutzen können, um die Widerlegung nämlich der Ausführungen des Abg. Paasche, und die mögliche Wirkung war damit von vornherein verloren. Allerdings, wie hätte Herr von Blöß mit seinem ermüdenden ceterum censes, das sein Fünfchen von Inhalt unter langatmigen Phrasenschwäll förmlich erstickt, auf eine so überzeugende, klare, mäzvolle Darlegung wie die des nationalliberalen Redners wirklich und wirksam erwirken können? Es wäre ein Kampf der Unvernunft gegen die Vernunft gewesen, und wenn die gegenwärtige agrarische Agitation auch eine Zeit lang die Befürchtung erwecken könnte, daß die Unvernunft Siegerin bleibe werde, so erscheint solche Besorgnis heute doch schon als gegenstandslos.

Die Rede des Abg. Paasche ist nicht die eines unbedingten und begeisterten Freundes der Handelsverträge und noch weniger die eines der Landwirtschaft übel wollenden Mannes. Wenn trotzdem der Redner für die Handelsverträge eintrat und eintreten mußte, so bedeutet das, daß verständige Einsicht zu gar keinem anderen Schluß als zu dem, daß diese Verträge eine Notwendigkeit sind, führen kann. Unter Berücksichtigung der Verschiedenheiten des politischen und wirtschaftspolitischen Standpunktes läßt sich dasselbe auch von der Rede des Abg. Frhrn. v. Stumm sagen. Auf die Konservativen wird es wohl wenig Eindruck machen, daß der Abg. Schönlanck namens der Sozialdemokraten und der Abg. Richter für die Freisinnige Volkspartei zu berechteten Vertheidigern der Handelsverträge wurden, aber daß Einer der übrigen, Freiherr v. Stumm, und ein nationalliberaler Abgeordneter, dessen Eintreten für die Landwirtschaft sie anerkennen müssen, dem agitatorischen Zuviel der agrarischen Führer begegnen, das sollte mindestens die Konservativen draußen im Lande zum Nachdenken anregen und sie vor die Frage stellen, ob sie nicht versucht werden, wo sie geführt zu sein glauben. Der heutige Verhandlungstag hätte sich nur auf einer mittleren Höhe bewegt trotz der vortrefflichen Ausführungen der Freunde der Handelsverträge, wenn nicht der Reichskanzler in einer groß angelegten und überaus sympathischen Rede mit seinen konservativ-agrarischen Gegnern abgerechnet hätte. Als ein gut konservativer Staatsmann, der sich offen und unumwunden zu konservativen Grundsätzen bekannte, ist Graf Caprivi auf den Plan getreten, und bei seinem Wohlwollen wie bei der mäzvollen Gelassenheit seines Wesens, haben sich die Herren von der Rechten zu bedanken, wenn sie nicht so empfindlich hart angefaßt worden sind, wie sie es verdienen. Graf Caprivi hat eine Schonung geübt, wie sie demjenigen wohl ansteht, der von der Trefflichkeit seiner Sache überzeugt sein darf, und der es sich deshalb erlassen kann, Beschimpfungen und Herabwürdigungen mit gebührender Schärfe zu beantworten. Aber so mäzvoll die Form war, so rüchhaftlos und unzweideutig war der Inhalt, und unter den Blumen einer entgegenkommenden Veredtsamkeit lag so mancher spitzer Pfeil verborgen. Mit der Überlegenheit eines Mannes, der ein gutes politisches Gewissen hat, ging der Reichskanzler vor, und die gute Dosis Humor, die in ihm steckt, gab die Würze dazu ab. Diese Rede ist nur angreifbar vom Standpunkt der Interessenpolitik aus, der es nichts ausmacht, ob das Ganze Schaden leidet, wenn nur das eigene Haus wohlvermehrt bleibt. So fest saßen die Pfeile des Reichskanzlers, daß die Konservativen es für gerathen hielten, heute nicht zu antworten. Sie werden das ja morgen nachzuholen suchen, aber sie können sicher sein, den Grafen Caprivi wieder auf seinem Platze zu finden. Da die Konservativen das Schweigen vorzogen, so blieb das Feld den Anhängern der Handelsverträge überlassen. Der sozialdemokratische Redner, Herr Schönlanck, fand ein paar nicht üble Wendungen, so den Vorschlag an das Zentrum mit seiner lieberlichen Schafelrede, die Handelsverträge mögen in die Kommission für das Jesuitengesetz hineingenommen werden; denn wenn Paris eine Messe wert gewesen, so sei das Jesuitengesetz vielleicht die Handelsverträge wert. Indessen wird das Zentrum, seiner Mehrheit nach, doch wohl billiger zu haben sein, und es war das auch die Überzeugung des Schlussredners, des Abg. Richter, der damit endigte, daß er gewiß sei, die große Mehrheit werde die Verantwortung für die Ablehnung der Handelsverträge nicht übernehmen wollen. Eine Regierung, rief Richter aus, "die im Kriege der Sonderinteressen gegen allgemeine Staatsinteressen für diese letzteren einsteht, ist unbeständig, solange sie sich selber treu bleibt." Die Einschränkung, die in dem "solange" steckt, wird dem Reichskanzler wohl das Gefühl der "Unheimlichkeit" beseitigen, von dem er sonst bei der Unterstützung durch die linke Seite des Reichstages eingestandenermaßen beschlichen wird.

### Militärisches.

\* Personalveränderungen im V. Armeekorps: v. Heyking, Sel.-Lt. vom 2. Westpreuß. Gren.-Reg. Nr. 7 befürft. Übergangszeit zur Marine-Inf., ausgeschieden.

### Aus der Provinz Posen.

G. Schneidemühl, 24. Nov. [Vom artesischen Brunnen.] Die Aufräumungsarbeiten an dem Unglücksbrunnen sind auch heute noch nicht beendet worden, doch wird voraussichtlich die Erfüllung des Brunnens morgen erfolgen können. Der untere Durchmesser des Schüttungskegels beträgt 20 Meter, der obere bei einer Höhe von 6 Metern 14 Meter. Das aufsteigende Wasser aus dem Brunnens hat sich etwas vermehrt und beträgt in der Minute 108 Liter, während vorgestern nur 100 Liter in der Minute ausflossen.

### Geographische Nachrichten.

Söhrde, 24. Nov. Der Kaiser traf heute Mittag 12 Uhr im

festigen Jagdschlosse ein; um 1 Uhr erfolgte der Aufbruch zur Jagd auf Sauen im Revier Saure Wiesen.

Görlitz, 24. Nov. Der Central-Ausschuß zur Förderung der Jugend- und Volksbildung in Deutschland hat beschlossen, für den 3. und 4. Februar nächsten Jahres einen allgemeinen Deutschen Kongress für Jugend- und Volksbildung nach Berlin zu berufen. Die Staatsbehörden, die deutschen Städte, ärztliche, turnerische, pädagogische und gemeinnützige Vereine sollen aufgefordert werden, Vertreter zu diesem Kongress, der ein öffentlicher sein wird, zu entsenden.

Karlsruhe, 24. Nov. [Weite Kammer.] Bei der heutigen Wahl des Präsidiums wurden Götter (natlb.) zum ersten Präsidenten, Frhr. v. Buol (Ukrainisch) zum ersten Vize-Präsidenten Klein (natlb.) zum zweiten Vize-Präsidenten gewählt. Die angefochtene Wahl des Abg. Bodenburg (natlb.) wurde für gültig erklärt.

München, 24. Nov. [Kammer der Abgeordneten.] Bei der heutigen Schluß-Berathung des Antrages v. Vollmar betreffend die neuen Reichssteuern wurde die von Geiger und v. Stauffenberg beantragte motivierte Tagesordnung mit allen gegen die Stimmen der Sozialisten und Bauernbündler angenommen.

Wien, 24. Nov. Die bulgarischen Minister Grelow und Ssawow, der Präsident der Sobranje Petkoff und der Oberst Zivkoff sind heute früh nach Graz abgereist, um die Leiche des Grafen Hartenau nach Bulgarien überzuführen.

Wien, 24. Nov. Der Ausnahmestaatschulz hält heute eine nicht öffentliche Sitzung, welcher der Ministerpräsident Fürst Windischgrätz und der Minister des Innern Marquis Bacquehem bewohnen. Das verlesene Altenmaterial betraf Exzesse, Strafendemonstrationen, einzelne hochverrätherische und majestätsbeleidigende Vorfälle, welche in Prag sich ereignet hatten, sowie ferner durch die Geschworenen erfolgte Freisprechungen, welche die Einstellung der Schwurgerichte zur Folge gehabt hatten.

Wien, 24. Nov. Die "Vol. Kor." meldet, daß die Konvention der Venezianer Sanitätskonferenz durch die soeben in Rom eingegangene portugiesische Ratifikationsurkunde, welche bisher noch ausstand, vollkommen perfekt geworden ist.

Petersburg, 24. Nov. Die heutige Nummer des Gesetzblattes veröffentlicht die russisch-perische Konvention wegen des Austausches des persischen Landstrichs Tiflise (Chorassan) gegen die russischen Landstriche Hissar und Abbasabad.

Petersburg, 24. Nov. Der Minister v. Giers bezog gestern wieder seine Wohnung im Gebäude des Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten.

Petersburg, 24. Nov. An der Cholera erkrankten bzw. starben: Vom 21. bis zum 23. d. Ms. in Petersburg 18 bzw. 7 Personen, vom 11. bis zum 18. d. Ms. in Warschau 1 bzw. 1, in Kronstadt 2 bzw. 2, in den Gouvernementen: Kowno 49 bzw. 7, Livland 12 bzw. 15, Minsk 8 bzw. 4, Polow 4 erkrankt, Radom 4 bzw. 1, Petersburg 14 bzw. 3, Smolensk 9 bzw. 2, Tschiffon 55 bzw. 32, vom 29. Oktober bis 18. November in Tula 27 bzw. 27, vom 29. Oktober bis 11. November in Podolien 145 bzw. 75.

Rom, 24. Nov. [Deputirtenkammer.] Ausführlichere Meldung. Saal und Tribünen sind überfüllt. Cavallotti veranlaßte einen lebhaften Zwischenfall anlässlich der Verleistung des Sitzungsprotokolls und belligte, daß die Sitzung geschlossen wurde, während die äußerste Linke einen Antrag einbringen wollte. Der Präsident gab hierauf einige Ausklärungen. Mehrere Mitglieder der äußersten Linken griffen alsdann die Minister an. Der Finanzminister antwortete erregt, er sei ein ehrlicher Mann in demselben Maße wie irgend einer seiner Gegner und wolle die Moral wiederherstellen. (Gebrochener Beifall.) Der Ministerpräsident Giolitti erklärte, er sowie seine Kollegen wünschen, sobald wie möglich auf die Bänke der Deputirten zurückzuziehen, um die volle Freiheit des Wortes zu haben. (Lärm auf der äußersten Linken. Große Bewegung.) Giolitti theilte sodann die Demission des Kabinetts mit und fügte hinzu, der König habe sich seine Entscheidung vorbehalten. Die Minister würden provisorisch zur Erledigung der laufenden Geschäfte im Amt bleiben; er bitte die Kammer, sich zu vertagen. Seitens der äußersten Linken, namentlich seitens Imbriani wurde Giolitti lebhaft apostrophiert; dieser erwiderte auf das Festgelehrte: "Ihr seid in den Roth gefallen." Giolitti erwiderte: "Welche Anstrengungen Ihr auch macht, Ihr vermöget nicht einmal meine Schuhe zu beschmutzen." Die Kammer beschloß sodann mit allen Stimmen gegen diejenigen der äußersten Linken, sich zu vertagen. Hierauf wurde die Sitzung unter lebhafter Bewegung geschlossen.

Rom, 24. Nov. [Senat.] Ministerpräsident Giolitti machte Mittheilung von der Demission des Kabinetts und bat die Sitzungen zu vertagen. Diesem Wunsche entsprechend wurde die Vertagung beschlossen.

Rom, 24. Nov. In parlamentarischen Kreisen ist man der Ansicht, daß die Krise nicht ohne erheblich schwierigkeiten verlaufen dürfe. Der König werde, so meint man, zunächst die Präsidenten der Kammern und hervorragende Mitglieder des Parlaments zu sich berufen.

Paris, 24. Nov. Die koloniale Gruppe der Kammer beauftragte ihr Bureau, am Montag bei dem Minister des Auswärtigen Deville vorzupräsentieren, um ihn um Aufklärung über den englisch-deutschen Vertrag betreffs Adamauas zu ersuchen und wenn ein solcher Vertrag existiere, welche Stellung die Regierung einnehmen wolle, um die französischen Rechte zu wahren.

London, 24. Nov. [Unterhaus.] Der Chef-Sekretär des Lord-Gentlemen von Irland, Morley, teilte mit, er beabsichtige im Anfang der nächsten Session die Niederebung eines Untersuchungskomitees bezüglich des irischen Bodenreformgesetzes zu beantragen.

Der Premierminister Gladstone erklärte, wenn

das Marinebudget dem Hause vorgelegt werden, würde man finden, daß der weitere Bau von Schiffen frühzeitig be-

gonnen werden solle und zwar mit neuen Bestimmungen

zur Vermeidung eines Ausschusses in der Ausführung und

gleichzeitig zur Förderung der Vollendung der bereits be-

ordneten Schiffe. Was seine Bemerkung über die Aufrech-

thaltung der Suprematie der britischen Marine angehe —

oder besser gesagt der relativen Stärke der Flotte — so habe er

auf die Zukunft hingewiesen, ohne irgend welchen Unterschied zwis-

chen der unmittelbaren und entfernteren Zukunft zu machen, und

auch auf die Gegenwart.

Der Premierminister erklärte ferner, die Regierung beabsichtige gegenwärtig nicht ein Gebäude zur Residenz des Herzogs von York in Irland zu erwerben; er hoffe nicht mißverstanden zu werden, wenn er sage, daß es Sache von großer nationaler Wichtigkeit sei,

dass die besten Beziehungen zwischen der königlichen Familie und

dem irischen Volke hergestellt würden.

Der Präsident der Lokalverwaltung Fowler erklärte, die Regierung sei nicht befugt, zwecks Beschäftigung von Arbeitslosen Bauten anzurufen oder den Lokalbehörden zu befehlen, solche vorzunehmen.

Richter Hardie ist durch diese Erklärung nicht be-

friedigt und verlangt die Erlaubnis, die Vertagung des Hauses zu

beantragen, um die Aufmerksamkeiten auf die Frage der Arbeitslosen zu lenken. Diese Erlaubnis wurde mit 142 gegen 44 Stimmen verworfen, worauf Richter Hardie aufforderte, er hoffe, die Arbeitslosen würden die Sache jetzt selbst in die Hand nehmen. Der Sprecher erklärte, er habe die Bemerkung Richter Hardies nicht klar gehört, Hardie müsse aber die Entscheidung des Hauses annehmen. Das Haus nahm sodann die zweite Lesung der Bill über die Distrikträte an.

Das Oberhaus nahm die erste Lesung der Haftpflicht-Bill an und vertagte sich bis Donnerstag, an welchem Tage die zweite Lesung stattfinden soll.

Glasgow, 24. Nov. Der Präsident einer heute Vormittag in Glasgow stattgehabten Versammlung der Delegierten der schottischen Bergleute theilte mit, daß  $\frac{1}{2}$  der Bergleute Schottlands augenblicklich nicht arbeiten; es wurde der Beschluß gefaßt, die Arbeit erst wieder aufzunehmen, wenn die Arbeitgeber eine Lohnerhöhung von 1 Shilling pro Tag bewilligten.

Constantinopel, 24. Nov. Von gestern bis heute Vormittag erkrankten bzw. starben an der Cholera in Konstantinopel und Umgebung 39 bzw. 9 Personen; von den früher erkrankten Personen sind 9 gestorben und 15 geheilt.

Newyork, 24. Nov. Der "Newyork Herald" empfing aus Rio de Janeiro eine vom 22. d. M. datirte Depesche des brasiliensischen Ministers des Auswärtigen, derzufolge bei dem Siege, welchen die Nordarmee unter General Argallo in der Provinz Santa Catharina über die Insurgenten davontrug, letztere große Verluste an Toten und Verwundeten sowie an Pferden und Munition erlitten.

### Telephonische Nachrichten.

Eigener Fernsprechdienst der Post Sta.

Berlin, 25. November, Morgens.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung stellt die durch die Zeitungen gegangene Nachricht von der unschuldig erlittenen dreijährigen Gefängnisstrafe eines Handwerksmeisters dahin richtig, daß es sich in dem betreffenden Falle um Verurtheilung wegen schwerer Urkundensfälschung in 6 Fällen, wegen Unterschlagung und wegen anderer Vergehen handelt. Am 19. Januar d. J. stellte das Gericht bei der Wiederaufnahme des Verfahrens fest, daß in 5 Fällen die Anklage aufzuheben sei und wurde der Handwerker wegen der anderen Vergehen zu 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis verurtheilt. Ein auf Entschädigung gestellter Antrag wurde zurückgewiesen, da dazu keine Berechtigung gewesen wäre.

Gestern Abend 11 Uhr entstand im Vorzimmer des Fürsten von Bismarck, wie aus Friedrichsrück gemeldet wird, ein Brand, der wahrscheinlich in Folge der Luftheizung entstanden ist. Der kleine Brand wurde von der Dienerschaft bald gelöscht, welche bei dem Anrücken der Feuerwehr das Feuer bereits bewältigt hatte. Der Fürst leitete selbst die Löscharbeiten.

Aus Wien wird gemeldet:

Der Polenclub nahm heute eine Resolution gegen Pius XI. an, in welcher es heißt: Der Polenclub würde die Regierung im Sinne des Regierungsprogramms unterstützen. Die parlamentarische Tätigkeit des Klubs während der laufenden Legislaturperiode entspricht dem Programm. Der Club bestände deshalb darauf, daß die Regierung die Grundsätze der Autonomie streng wahren würde. Im Interesse des Handels müsse in der Regierung allgemeine Gerechtigkeit und wohlwollende Erwägung auch anderen Nationen gegenüber vorherrschend sein. Nach Ansicht des Klubs sei die Annäherung der gemäßigten Partei unter strenger Wahrung der gleichwertigen Stellung an die drei parlamentarischen Klubs bildenden Gruppen geeignet, auf die gesamten inneren und äußeren Verhältnisse der Monarchie günstig einzuwirken.

Aus Paris wird gemeldet: Die Verhandlungen über die Bestimmungen der Grenze zwischen Kamerun und französischem Kongo werden demnächst in Berlin aufgenommen werden, und zwar wird von deutscher Seite der Direktor der politischen Abteilung des Kolonialwesens, Hautmann, und von französischer Seite der Forschungsreisende, Kommandant Moutail, zugegen sein.

Eine Meldung des "Newyork-Herald" aus Washington enthält den Auszug des Tariffkomitees, wonach alle Rohmaterialien sowie Wolle, Kameel- und Ziegenhaar, erhaltliche Steinkohlen, Eisen und Kupfer, Erze, Blockzinn, Holz, Salz, Silber, Bleierz, Flachs und Hanf, sowie eine große Anzahl chemischer Produkte auf die Freiliste kommen. Spiegelglas 40 Prozent ad valorem, Stahlketten 8 Dollar per Tonne, Kohlen 5 Prozent ad valorem, Eisenstangen ca. 50 Prozent, Zinn ca. 1 C. v. Pf. bezahlt, Seldensfabrikat 5 Prozent, reduzierte Baumwollfabrikate bezahlen durchschnittlich 40 Prozent, Handschuhe 25 Prozent ad valorem, Hopfen 8 Prozent, über Zucker und andere wichtige Produkte ist bis jetzt noch nichts beschlossen worden.

### Meteorologische Beobachtungen zu Posen im November 1892.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; S. 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter. C. G. Grad.
24. Nachm. 2	753,2	SW mäßig	wolkig
24. Abends 9	754,2	SW frisch	bedeut
25. Morgs. 7	751,0	SW stark	bedeut

Am 24. Nov. Wärme-Maximum +2,0° Cel.

Am 24. Nov. Wärme-Minimum +0,1° "

### Fonds- und Produkten-Börsenberichte.

#### Fonds-Berichte.

\* Berlin, 24. Nov. [Zur Börse.] Die "Nat. Zeitung" berichtet: Eine auffällige Erscheinung, die wir schon im Tagesbericht andeuteten und die bis zum Schlusse der Börse eine maßgebende Rolle spielt, war die Festigkeit der Italienischen Rente. Der Rücktritt des Ministeriums Giolitti wirkt also beruhigend und anregend war sogar die Voraussetzung eines Ministeriums Rudolf. Da Paris höhere Notrungen dieses Papiers meldete, scheint man dort ebenfalls dem Ministerwechsel in Rom eine günstige Bedeutung zu geben. Sollte man in Paris den Verlust des Vertrags Rendite gedenken, die Armee zu reduzieren? Neben Italienern herrsche für Mexikaner ein sehr reges Interesse vor, das sich mit vielen Gerüchten über Anleihen verschiedener Art umgibt. Es ist schwer zu ermitteln, was im Besonderen die Gunst für Mexikaner stark fördert, eine Gunst, die ihnen auch in London zu Theil wird. Geld für den Ultimo ist leichter zu haben, der Satz bewegt sich zwischen 5 und 4½ Prozent. Alle diese Momente wirkten zu-

sammen, um in der zweiten Börsensunde die Stimmung zu bessern, ohne jedoch das Geschäft in eine lebhafte Bewegung zu setzen.

Breslau, 24. Nov. (Schlußkurse.) Unentschieden.

Neue Broz. Reichsanleihe 85 25, 3 1/4 proz. L.-Pfandbr. 96 95, Kontrol. Türen 22,15, Türl. Kone —, 4broz. unq. Goldrente 93,60. Bresl. Diskontobank 97,00. Breslauer Wechslerbank 94 75, Kreditaktien 202,00. Schle. Bankverein 113 75. Donnersmarchhütte 91,00. Flößer Maschinenbau —. Kattwitzer Utten-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 122 50. Oberschles. Eisenbahn 46 00, Oberschles. Wortland-Bement 83,00. Schles. Cement 133,00. Oppeln. Cement 99,40. Kramit 130,00. Schles. Glintaffeln —. Laurahütte 100 25, Verein. Delfahr. 86 50. Desterrech. Banknoten 161 85 Russ. Banknoten 214,45. Giebel Cement 87,00, 4proz. Ungarische Kronenanleihe 89,60. Breslauer elektrische Straßenbahn 116 00.

Frankfurt a. M., 24. Nov. (Effekten-Sozietät.) [Götting.] Österreich. Kreditaktien 275. Franzosen, —, Lombarden 85 1/4, Ungar. Goldrente 93,50. Gotthardbahn 148,60. Diskonto-Kommandit 119,30. Dresdner Bank 29,30. Berliner Handelsgesellschaft 126,80. Bochumer Guftahl 109,40. Dortmunder Union, —, Br. —, Geisenkirchen 139,20. Harpener Bergwerk 126,80. Holz 108,70. Laurahütte 101,20. Broz. Portugalete —. Italienische Rautineerbahn —. Schweizer Centralbahn 112,10. Schweizer Nordostbahn 99,00. Schweizer Union 73,50. Italienische Werbinaux 107,00. Schweizer Simplonbahn 53,00. Nordb. Lloyd —, Mexiko 67,60. Italiener 80,30. Fest.

Hamburg, 24. Nov. (Privatverkehr an der Hamburger Abendbörsen.) Kreditaktien 274,50. Lombarden —. Diskonto-Kommandit 169,25. Russische Noten 214,00. Nordb. Lloyd —, Italiener 80,5. Deutsche Bant —, Laurahütte —, Bachtahrt —, Dresdner Bank —, Dortmunder —, Dynamit Trust —, Still.

Paris, 24. Nov. (Schlußkurse.) Fest. Broz. amort. Rente —, Broz. Rent. Rente 99,00. Italiener. Broz. Rente 81,20, 4proz. ungar. Goldrente 94,31. III. Orient-Anleihe 67,80, 4proz. Russen 1889 —, 4prozent. unif. Kapital 101,35, 4proz. Ivan. & Anleihe 61 1/2, kont. Türen 22,40, Türl. Kone 90,20, 4prozentige Türl. Prioritäts-Obligationen 1890 464,00. Franzosen 628,75. Lombarden 223,75. Banque Ottomane 592,00. Banque de Paris 640,00. Bang. d'Escomte 62,00. Mo. Timo. 369,30. Suezlands-A. 273,00. Cred. Lyonn. 767,00. B. de France —, Tab. Ottos. 409,00. Wechsel a. dt. Bl. 122 1/2. Londoner Wechsel f. 25,15. Chq. a. London 25,17. Wechsel Amsterdam f. 206,75. do. Wien f. 188,25. do. Madrid f. 405,00. Meridional-A. 535,00. B. d'Ed. neue —, Robinson-A. 108,75. Portugalete 19,81. Porting. Tabaks-Obligat. —, Broz. Russen 82,05. Privatistone 2 1/2.

Buenos-Aires, 23. Nov. Golbagio 225,00.

Rio de Janeiro, 23. Nov. Wechsel auf London 10 1/2.

Bremen, 24. Nov. (Börsen-Schlußbericht.) Raffineries-Petroleum. (Offizielle Notiz. der Bremer Petroleumbörsen.) Fabrikations-Fest. Loto 4,80.

Baumwolle. Matt. Upland middling, loto 42 Pf. Upland Basis middl., nichts unter low middl., auf Terminlieferung p. Nov. 41 1/2, Pf. v. Dez. 41 1/2, Pf. v. Jan. 41 1/2, Pf. v. Febr. 42 Pf. v. März 2 1/2 Pf. v. April 42 1/2 Pf.

Schmalz. Fester. Shafer — Pf. Wilcox — Pf. Choice Grocery — Pf. Armour shield 45 Pf. Endahy 46 1/2 Pf. Rohe u. Brother (pure) 46 Pf. Farbanks 40 Pf.

Wolle. Umsatz: 93 Ballen. Sped. Fest. Short clear middl. November-Abladung 43, Dezember-Jan.-Abladung 39.

Tabak. Umsatz: 262 Fässer Kentucky, 10 Fässer Virginny 900.

Baden St. Felix, 170 Seronen Ambalema, 37 Seronen Havannah.

Hamburg, 24. Nov. Zuckermarkt. Gültigkeitszeit: aubend. Rohzucker I. Proviit Basis 88 pcf. Rendement neue Wance, frei

an Bord Hamburg per Nov. 12,45, per Dez. 12,47 1/2, v. März 12,70, per Mai 12,82 1/2. Still.

Hamburg, 24. Nov. Kaffee. (Schlußbericht.) Good average Santos per Novbr. 81 1/2, per December 81 1/2, per März v. 80 1/2, Behauptet.

Paris, 24. Nov. (Schlußk.) Rohzucker ruhig, 88 Broz. loto 34,50 a 34,75. Weicher Ruder behpt. Nr. 3 per 100 Kilogramm per November 35,87 1/2, per Dezbr. 36,00, per Jan.-April 37,37 1/2, per März-Juni 36,75, v. März-Juni 36,75.

Paris, 24. Nov. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, v. November 19,90, per December 20,10, per Januar-April 20,40, v. März-Juni 20,70. — Roggen ruhig, per Novbr. 14,40, per März-Juni 14,70. — Mehl träge, per November 41,80, per December 42,10, per Jan.-April 42,70, per März-Juni 43,30. — Rüddl ruhig, per November 53,75, per December 54,00, per Januar-April 54,25, per März-Juni 54,00. — Spiritus ruhig, per November 35,00, per Dezbr. 35,50, per Jan.-April 36,25, v. Mai-August 37,25. — Wetter: kalt.

Gavre, 24. Nov. (Teleg. der Hamb. Firma Belmann. Siegler u. Co.) Kaffee, good average Santos, v. Dez. 101,00, per März 98,75, v. Mai 96,75. Schwach.

Gavre, 24. Nov. (Teleg. der Hamb. Firma Belmann. Siegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 5 Points Baisse.

Rio 9,000 Sac. Santos 22,000 Sac. Rezettes für gestern.

Antwerpen, 24. Nov. Verkehrsmarkt. (Schlußbericht.) Raffineries Type weiss loto 11 1/2, bez. und Br., per Nov. 11 1/2, Br., per Jan.-März 11 1/2, Br. fest.

Antwerpen, 24. Nov. Getreidemarkt. Weizen ruhig. Roggen ruhig. Hafer weichend. Gerste ruhig.

Amsterdam, 24. Nov. Getreidemarkt. Weizen auf Termine niedriger, v. Nov. —, v. März 156. Roggen loto geschäftslös, do. auf Termine wen. niedr., v. März 111, per Mai 111. Rüddl loto 24 1/2, per Dez. 23 1/2, v. Mai 24 1/2.

Amsterdam, 24. Nov. Java-Kaffee good ordinary 53.

Amsterdam, 24. Nov. Panczinn 47 1/2.

Peterburg, 24. Nov. Produktionsmarkt. Talg loto 57,00, per August —, Weizen loto 10,00, Roggen loto 6,25. Hafer loto 4,20. Hanf loto 44,00. Leinsaat loto 14,25. — Wetter: Schnee.

London, 24. Nov. An der Küste 9 Weizenladungen angeboten.

Wetter: Feucht und kalt.

London, 24. Nov. Chili-Kupfer 42 1/2, v. 3 Monat 3 1/2.

Glasgow, 24. Nov. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 43 lb. 8 d.

Glasgow, 24. Nov. Die Vorräthe von Roheisen in den Stores belaufen sich auf 325,88 Tons gegen 319,370 Tons im vorigen Jahre.

Die Zahl der im Betriebe befindlichen Hochöfen beträgt 43 gegen 78 im vorigen Jahre.

Liverpool, 24. Nov. [Getreidemarkt] Weizen und Mehl stetig. Mais 1 1/2, d. höher. — Wetter: Schön.

Liverpool, 24. Nov. Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 10,000 Ballen, davon für Spekulation u. Export 1000 Ballen. — Stetig.

Widbl. amerikan. Lieferungen: November-Dezember 4 1/2. Käuferpreis, Dezember-Januar 4 1/2. Verkaufser Preis, Januar-Febr. 4 1/2, do. Februar-März 4 1/2, do. März-April 4 1/2, do. April-May 4 1/2. Käuferpreis, Mai-Juni 4 1/2, do. 2 1/2. Verkaufser Preis.

Newyork, 23. Nov. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 8 1/2, do. in New-Orleans 7 1/2. Petroleum träge, do. in New-York 5,15, do. in Philadelphia 5,10, do. rohes 5,65, do. Pipeline certificates, per Dez. 74 1/2. Schmalz Western steam 9,00, do. Rohe u. Brothers 9,25. Mais p. Nov. 44 1/2, v. Dezbr. 44 1/2, v. Jan. 44 1/2, do. Roher Winterweizen 66 1/2, do. Weizen p. Novbr. 66 1/2, do. Weizen per Januar 67 1/2, do. Weizen p. Mai 72 1/2. — Getreidefracht nach Liverpool 3. — Kaffee fair Rio Nr. 7 17 1/2, do. Rio Nr. 7 v. Dezember 16,25. — Kaffee fair Rio Nr. 7 v. Februar 15,82. — Mehl Spring clears 2,25. — Zuder 2 1/2. — Kupfer loto 10,25.

Chicago, 23. Nov. Weizen per November 60 1/2, per Dezbr. 61 1/2. Mais per November 25 1/2. — Spec short clear nom. Worf per November 12,50.

### Telephonischer Börsenbericht.

Berlin, 25. Nov. Wetter: feucht.

Newyork, 24. Nov. Weizen per Dez. 66 1/2 C., per Januar 68 1/2 C.

### Berliner Produktenmarkt vom 24. November.

Wind: NW, früh + 1 Gr. Raum., 758 Mm. — Wetter: Bedeckt.

Die amerikanische Besserung hat sich als noch wenig nachhaltig erwiesen; schon gestern ist von Neuem ein empfindlicher Rückgang eingetreten und das hat der Ermittlung unseres Marktes, wie sie sich bereits gestern bemerkbar machte, nur noch Vorhersagen können.

Das Angebot war wesentlich entgegenkommender für Weizen wie für Roggen, die Kauflust dagegen nur spärlich, und trotz einer Ermäßigung der Preise für ersten Artikel um 0,50—0,75 M. und für letzteren um 0,50—1,00 M. ist der Verkehr sehr träge geblieben, erst gegen Schluss zeigte sich ein Schimmer wiederkehrender Festigkeit, besonders für nahe Termine. Gefündigt: 150 Tonnen Roggen.

Hafer hat sich um eine Kleinigkeit weiter verschlechtert; fortgeschichte Realisationen bestimmen. Roggen m. e. l. notirt 10 Pf. niedriger. Auch Rüddl war merklich matter; dagegen hat sich Spiritus bei ganz beschränktem Verkehr gegen gestern nicht verändert. Gefündigt: Hafer 250 To. Spiritus 230,000 Lit.

Weizen in loco 137—148 M. nach Qualität gefordert, Nov. und Nov.-Dezbr. 142,25—142,75 M. bez. Dezbr. 142,75—143 M. bez. Mai 150—149,50—150 M. bez.

Roggen in loco 124—129 M. nach Qualität gefordert, guter inländischer 126 M. ab Bahn bez. Nov. und Nov.-Dez. 126,75 bis 126,50—127 M. bez. Dezember 126,75—126,50—127 M. bez. April 130,75—130,50 M. bez. Mai 131,50—130,75—131 M. bez. Juni 132 M. bez.

Mais loto 112—124 M. nach Qualität gef. Nov. und Nov.-Dezbr. 111,50 M. bez. Mai 109,50 M. bez.

Gerste loco per 1000 Kilogramm 120—185 M. nach Qualität gef.

Hafer loto 150—186 M. per 1000 Kilo nach Qualität gef. mittel u. guter ost- und westpreußischer 151—169 M., do. pommerischer, untermärkischer und mecklenburgischer 151—171 M., do. schlesischer 151—170 M., seiner schlechterer, pommerischer und mecklenburgischer 172—176 M. ab Bahn bez. Nov.-Dez. 154 M. bez. Mai 145—144,75 M. bez.

Erdöl Kochware 168—200 M. per 1000 Kilo, Butterware 145—157 M. per 1000 Kilo nach Qual. bez., Victoria-Erdöl 220—230 M. bez.

Mehl. Weizenmehl Nr. 00: 20,00—18,00 M. bez., Nr. 0 und 1: 17,00—14,50 M. bez. Roggenmehl Nr. 0 und 1: 16,75 bis 15,75 M. bez. Roggenmehl Nr. 0 und Nov.-Dez. 16,50 M. bez. Januar 16,70 M. bez. Febr. 16,80 M. bez. März 16,90 M. bez. Mai 17,10 M. bez. Junt 17,20 M. bez.

Rüddl loto ohne Zab. 47,00 M. bez. Nov.-Dez. 47,8 M. bez. April-May 48,2—48,1 M. bez. Mai 48,2—48,1 M. bez.

Petroleum loto 19,00 M. bez.

Spiritus unversteuert zu 50 M. Verbrauchsabgabe loto ohne Zab. 51,5 M. bez. unverst. zu 70 M. Verbrauchsabgabe loto ohne Zab. 52,0 M. bez. Nov. und Nov.-Dez. 51,7—51,6 M. bez. April 37 M. bez. Mai 37,2 M. bez.

Kartoffelmehl November 15,60 M.

Kartoffelstärke, trocken, November 15,60 M.

Die Regulierungspreise wurden festgesetzt: für Roggen auf 126,50 M. per 1000 Kilo, für Hafer auf 153,75 per 1000 Kilo, für Spiritus 70er auf 31,60 M. per 10000 Liter-Proz. (R.-S.)

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterling = 20 M. 1 Rubel = 3,20 M. 1 Gulden österr. W. = 2 M. 7 Gulden südd. W. = 12 M. 1 Gulden holl. W. = 1 M. 7 Pf. 1 Franc oder 1 Lira oder 1 Peseta = 40 Pf.

Bank-Diskonto Wechs.v. 24. Nov.	Brnsch. 20 T.L.	—	102,70 B.	schw. Hyp.-Pf.	6 1/2	100,80 bz	versch.-Terres.	5	99,30 bz	Pr.Hyp.-B. I. (rz.120)	4 1/2		Bauges. Mum... 6 1/2
Amsterdam .. 5	8 T.	168,60 bz	Dess. Präm.-A.	3 1/2	131,03 B.	Serb.-Gld.-Pfde.	5	100,75 bz G.	Brnsch.-Wien..	4 1/2	113,10 bz	Mosbit .. 6 1/2	
London.... 3	8 T.	20,32 bz	Ham.-S. 50 T.-L.	3 1/2	134,50 G.	do. Rente	5	73,00 bz G.	Wach.-Wien..	5	69,25 bz G.	Passage .. 6 1/2	